

»Wege zur menschlichen Stadt«

Vor 50 Jahren verabschiedete der Deutsche Städtetag eine wegweisende Konzeption zur kulturellen Stadtentwicklung



Kurt Eichler ist Schatzmeister und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. sowie Vorsitzender des Fonds Soziokultur e.V. Er war bis 2017 Geschäftsführender Direktor der Kulturbetriebe Dortmund

Vor 50 Jahren – im Mai 1973 – verabschiedete der Deutsche Städtetag bei seiner Hauptversammlung in Dortmund eine Erklärung, die einen Paradigmenwechsel in der Kulturpolitik begründete. Das Dokument mit dem Titel »Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung«¹ war die Essenz einer seit Ende der sechziger Jahre laufenden bildungs- und kulturpolitischen Reformdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland und Bestandteil der Entschließung »Wege zur menschlichen Stadt«. Mit dem Positionspapier war eine Kulturpolitik neuer Prägung auch offiziell in der kommunalen Familie angekommen.

Bildung und Kultur als strategisches Tandem

Erläuterungsbedürftig ist die Kombination von Bildung und Kultur in einer gemeinsamen Erklärung. Verwaltungslogisch mochte das damit zusammenhängen, dass die Funktionen der kommunalen Schul- und Kulturdezernate seinerzeit in aller Regel zusammengefasst in einer Hand lagen. Ausschlaggebend waren aber andere, insbesondere konzeptionelle und strukturelle Gründe: Die Infragestellung gesellschaftlicher Machtstrukturen durch die Studentenbewegung der sechziger Jahre bezog sich auch auf den Bildungsbereich. Die damit zusammenhängende Forderung nach einer grundlegenden Neuausrichtung der Bildungspolitik hatte absolute Hochkonjunktur, und wer in jener Zeit auf der Gewinnerstraße mitfahren wollte, der verknüpfte den Rückenwind der Bildungsreform und ihrer

1 Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung – Hauptversammlung/DST 2.-4.5.1973, in: Kulturpolitik des Deutschen Städtetages. Empfehlungen und Stellungnahmen von 1952 bis 1978 (Reihe C, DST-Beiträge zur Bildungspolitik, H. 11), hrsg. vom Deutschen Städtetag, Köln 1979, S. 37 ff.

Ziele mit seinen eigenen politischen Anliegen. Allerdings werden in der Erklärung selbst Bildung und Kultur nicht als miteinander kommunizierende bzw. integrierte Bereiche behandelt, sondern inhaltlich in zwei Kapitel getrennt.

Unter Bezugnahme auf das Motto »Wege zur menschlichen Stadt« der Dortmunder Hauptversammlung postulierte die Erklärung zur Bildungs- und Kulturpolitik die Notwendigkeit einer Gegensteuerung zum »ökonomischen und technischen Strukturwandel« in der bisherigen Stadtentwicklung und den dadurch bedingten Verlust an urbanen Umwelt- und Wohnqualitäten. Ziel sollte eine gestaltete Stadtumgebung sein, »in der Arbeit, Wohnen und Freizeit miteinander verbunden werden« – eine moderne Stadt mit einer »persönlichen Umwelt, die die soziale, geistige und kulturelle Entfaltung des Menschen ermöglicht.«² Die von wirtschaftlichen Interessen verursachten Fehlentwicklungen in den städtischen Zentren waren zuvor aus wissenschaftlicher und politischer Sicht intensiv thematisiert worden, am prominentesten von Alexander Mitscherlich in seiner vielzitierten Streitschrift »Die Unwirtlichkeit unserer Städte«.³

Öffnung der Kultur – Wiedergewinnung von Urbanität

Als Gegenbewegung zur ökonomischen Stadt forderte die Städtetagserklärung ein systemübergreifendes Bildungskonzept, das Kultur und Erholung eng mit dem Angebot an Bildung verknüpft und

2 Ebd., S. 37

3 Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt/M. 1965

nicht nur Schulen und Volkshochschulen, sondern alle Bildungs- und Kultureinrichtungen mit einem Bildungsauftrag umfassen sollte, einschließlich interdisziplinärer Verflechtungen und fachübergreifender Strukturen. Der Grad an wiedergewonnener Urbanität sollte sich an der Erfüllung dieses Auftrages ablesen lassen. Es ging um die Wiedergewinnung eines maßstäblichen Stadtraumes, der die Phantasie anregt und die Identifikation der Bewohner mit ihrem Umfeld gewährleistet. Der Kulturbereich sollte sich der Gesellschaft öffnen und ein vornehmlich auf Rezeption ausgelegtes Kulturverständnis überwinden. Drei Grundbegriffe prägten das neue Selbstverständnis: die Förderung der Kommunikation, die Schaffung von Spielräumen und die Herausforderung von Reflexion.⁴ Damit waren die Eckpunkte für eine an den Bedürfnissen der Menschen und des demokratischen Miteinanders orientierten kommunale Kulturarbeit formuliert, und sie bedeuteten – unausgesprochen – eine Abkehr von einer sparten- und institutionsfixierten Kulturpflege hin zu einer Verantwortung der Kulturpolitik für urbane Entwicklungen.

Kulturpolitik als Gegenstand strategischer Planung
Die Verortung und Zielbestimmung der kommunalen Kulturarbeit in der Stadtentwicklung war Neuland. Sie folgte einem Vorbild: Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die sozial-liberale Koalition 1969 führte zu einem Modernisierungsprozess staatlicher Organe und Verfahren. Erstmals wurde im Bundeskanzleramt ein Planungsstab installiert, der die verschiedenen Ressorts nicht nur koordinieren, sondern in eine längerfristige, gesamtstaatliche und strategische Entwicklungsplanung integrieren sollte. Ein erster und prominenter Planungsgegenstand wurde die Bildungspolitik, die mit der Vorlage des ersten »Bildungsgesamtplan 1973« durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) – nur wenige Wochen nach Verabschiedung der Städtetagserklärung – ihre Reformvorstellungen formulierte. Sie waren weitgehend kompatibel mit den Forderungen des Städtetages.

Das Modell der Entwicklungsplanung wurde als neues Planungsinstrument schnell auch auf kommunaler Ebene eingeführt. Auch wenn der Begriff explizit nicht vorkommt, so ist doch die Städtetagserklärung die Geburtsstunde für die Kulturentwicklungsplanung, die ab Mitte der siebziger Jahre als neuer Planungsansatz in den reformorientierten Kommunen reüssierte. Wollte der Kulturbereich nicht hinter andere Aufgaben zurückfallen, musste er sich aktiv in eine integrierte Stadtentwicklungsplanung einbringen und – so der Anspruch – die »Gestaltung der Stadt als Kulturlandschaft« gemeinsam mit anderen Fachdisziplinen, Politik und Verwaltung angehen und das »kulturelle Angebot in einer neuen städtischen Topographie« verankern.⁵

4 Bildung und Kultur, S. 38 ff.

5 Bildung und Kultur, S. 41

Dabei ging es um Standortfragen und Strukturen von Kultureinrichtungen, ihre Erreichbarkeit und Teilhabemöglichkeiten, die Berücksichtigung sozial-räumlicher Disparitäten, die Innenstadt als Mittelpunkt kultureller Ereignisse, die Einrichtung kultureller Unterzentren mit Möglichkeiten dezentraler Kulturarbeit in den Stadtteilen, die Aufnahme von Freizeit-, Bildungs- und Kulturelementen in die Bebauungspläne, Kunst im öffentlichen Raum und vieles mehr. Kombinierte Bildungs- und Kultureinrichtungen sollten die bisherige organisatorische und räumliche Isolierung zugunsten übergreifender Strukturen ablösen, und auch für die einzelnen Kulturinstitutionen enthielt die Erklärung Vorschläge für eine multifunktionale Nutzung und eine Öffnung in die Stadtgesellschaft, die vor allem die kulturelle Eigentätigkeit und Bildung der Bürger fördern sollte.⁶

Erstaunlicherweise kommt der Begriff der »Soziokultur«, der die programmatischen Vorstellungen zu einer neuen Kulturpolitik auf den Punkt bringt, in der Erklärung des Deutschen Städtetages von 1973 nicht vor, obgleich sowohl Hermann Glaser als auch Dieter Sauberzweig, der damalige Kulturdezernent des Städtetages, diesen Begriff zur gleichen Zeit bereits erstmals verwenden.⁷ Ferner fällt aus heutiger Sicht besonders die fehlende programmatische Aussage zur Kulturellen Bildung in einer Städtetagserklärung mit dem Titel »Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung« ins Auge. Die Erkenntnis, welche Rolle kulturelle Bildungsprozesse für Teilhabe und Eigentätigkeit in Kunst und Kultur spielen, folgte aber schon wenige Jahre später von anderer Stelle: 1977 verabschiedete die BLK ihren »Ergänzungsplan Musisch-kulturelle Bildung zum Bildungsgesamtplan«, der mit umfangreichen Darstellungen und Forderungen dieses auch in den Kommunen wichtige Handlungsfeld überzeugend abgebildet hat.⁸

Ausgangs-, nicht Endpunkt von Reformen

Liest man die Entschließung der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags heute und blendet die Diktion ihrer Zeit ein wenig aus, fällt zweierlei ins Auge: Der gesellschaftliche Wandel war schon damals Ursache wichtiger Umsteuerungsimpulse, und: Viele Erkenntnisse und Forderungen erscheinen erstaunlich aktuell. Das provoziert die Frage: Was bewirken politische Entschließungen, wie konsequent arbeitet die kommunale Familie an der gesellschaftspolitischen Agenda mit?

Zunächst muss man festhalten, dass sich die Kommunen gründlich mit den einzelnen Hand-

6 Bildung und Kultur, S. 41 f.

7 Hermann Glaser: Das Unbehagen an der Kulturpolitik; Dieter Sauberzweig: Die menschliche Stadt als kulturpolitische Aufgabe, in: Plädoyers für eine neue Kulturpolitik, hrsg. von Olaf Schwencke, Klaus H. Revermann, Alfons Spielhoff, München 1974, S. 49, S. 120

8 Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Musisch-kulturelle Bildung. Ergänzungsplan zum Bildungsgesamtplan, Stuttgart 1977, 2 Bde.



Foto: Stadtverwaltung Erfurt

Dr. Tobias J. Knoblich ist Dezernent für Kultur und Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Erfurt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft sowie Mitglied im Kulturausschuss des Deutschen Städtetages

lungsfeldern auseinandergesetzt hatten; davon künden die Vorberichte der Entschließungsdocumentation, etwa jener zu den Feldern Bildung und Kultur, den Dieter Sauberzweig einleitete und gewiss auch maßgeblich prägte. Und sie konzeptualisierten ihre Diskussionsergebnisse.⁹ Die Überlegungen für gute Praxis haben also einen hohen Konkretionsgrad und erlauben eine effektive kommunalpolitische Übersetzung ins jeweilige Gemeinwesen. Wie immer aber sind solche Texte Ausdruck des Wollens, des Ringens um Gestaltung, und treffen auf die kommunale Selbstverwaltung und einen Alltag der Pfadbindungen. Ihr Wert besteht darin, die Absichten und Arbeitsrichtungen einer Zeit zu dokumentieren und längerfristige Prozesse in Gang zu setzen, die eben nicht in wenigen Jahrzehnten zur Umsetzung gelangen können. Daher lohnt eine Auseinandersetzung mit der Entschließung noch immer. Und einiges ist durchaus schon erreicht.

Die menschliche Stadt heute

Der Topos der menschlichen Stadt bleibt programmatisch ein Zielbild. Immer wieder nämlich schafft es unser westliches Kulturmodell des unbedingten Wachstums, die eigentlich sinnstiftende Disposition der europäischen Stadt zu überdehnen, ihr damit das menschliche Maß zu nehmen, sie auf Verwertung zu reduzieren. Dies auch nach der industriellen Krise, die die Entschließung zum Ausgangspunkt hatte, denn die kapitalistische Valorisierung aller möglichen Güter und Dienstleistungen schreitet voran, bis hin zur touristischen Übernutzung einzelner Städte. Walter Siebel hat wiederholt und facettenreich argumentiert, worin das Erfolgsmodell der europäischen Stadt besteht, die kulturgeschichtlich zunächst ein Emanzipationsversprechen darstellt (»Stadtluft macht frei«), Lebens-, Handels- und Regulationsort ist und auf spezifische Weise Öffentlichkeit organisiert, eine bestimmte Lebensweise erlaubt.¹⁰ Die europäische Stadt ist ein kreativer Ort, aber auch wandelbar und vulnerabel. Von entgrenzender Suburbanisierung bis hin zur Reallutopie eines Weltnetzwerkes der Städte, Globalopolis, reicht ihre Dehnbarkeit, aber ihre Funktionalität muss stets im Auge gehalten werden, damit sie nicht implodiert. Was aber in jedem Falle für den städtischen Nahraum weiterhin zu klären bleibt, ist die Bewahrung des Maßes der menschlichen Stadt bei allen Wandlungsprozessen, die gerade ablaufen.

Soziokultur als Methode und Praxis

Die Kulturpolitik hat die reflektierende, gesellschaftspolitische und letztlich in einer dezentralen Kulturarbeit kulminierende Kraft der Soziokultur als Methode dafür stark gemacht. Nun stehen wir

⁹ Vgl. etwa die Vorschläge zum Theater, in: Bildung und Kultur, S. 43

¹⁰ Vgl. Walter Siebel (Hrsg.): Die europäische Stadt, Frankfurt/M. 2004

vor der Aufgabe, die Städte diverser, migrantischer und noch inklusiver zu denken, ihre Infrastrukturen, den Wohnungsbau sowie ihre Kristallisationsorte an differenziertere Lebensweisen anzupassen. Damit ist auch ein weiterer Wandel des Kulturverständnisses hin zu mehr Transkulturalität verbunden.

Es ließe sich sehr gut anknüpfen an das damals geprägte Kulturverständnis, das eine weite Öffnung gegenüber der Gesellschaft vollzog und die Verflechtung mit der Stadtlandschaft suchte. Soziokultur als Medium der Verständigung und Kommunikation ist nicht nur nicht obsolet, sondern bedient sich heute eines belastbaren Netzwerkes, ist gelebte zivilgesellschaftliche Praxis, die es so damals überhaupt nicht gegeben hat. Die Agilität dieses Feldes kann ein wesentlicher Baustein im Umgang mit Transformationsdynamiken heute sein.

Die Klugheit der Städte

Dieter Rossmeißl hat jüngst eine »Kulturpolitik als Stadtentwicklung« vorgelegt, sie steht gleichsam für das Weiterdenken der menschlichen Stadt unter gegenwärtigen und zu erwartenden Transformationsbedingungen. Eine seiner Thesen zur Zukunft der Stadt illustriert das Gravitationszentrum: »Kultur ist in der diversifizierten Stadt des zentrale Konstitutivum urbanen Erlebens und städtischer Identität. Sie kann nur als vernetzte, interaktive Vielfalt ausreichende Integrationskraft entwickeln. Die Gestaltung einer interkulturellen Kultur- und Bildungslandschaft ist Basis der künftigen Identität und Existenz von Städten und damit kulturpolitische Aufgabe.«¹¹

Wenn Kultur ein Schlüssel zur Entwicklung der Städte ist, wenn sie Vielfalt, Verschiedenheit, Digitalität, Kommunikation und Integration (auch im Zuge von Migration) gestalten helfen soll, kann es nur um eine transformatorische Kulturpolitik gehen, die sich in der schon damals geforderten Dringlichkeit in die Stadtentwicklungspolitik einbringt, vielleicht sogar ihr Impulsgeber wird. Dies gelingt, wenn sie zeitgemäße Narrative einer offenen Stadt einbringt, die historisch und architektonisch informiert sind, aber zugleich von der Lebenswirklichkeit der Menschen ausgehen.

Die Erklärung »Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung« des Deutschen Städtetages war zweifellos ein Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Kulturpolitik, aber sie war eben auch nur ein Meilenstein neben einer Reihe anderer Wegmarken wie dem ersten Loccumer Kulturpolitischen Kolloquium (1971), der Streitschrift »Plädoyers für eine neue Kulturpolitik« (1974) und schließlich der Gründung der Kulturpolitischen Gesellschaft (1976). ■

¹¹ Dieter Rossmeißl: Die Klugheit der Städte. Bildung – Kultur – Demokratie, München 2021, S. 61